



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/165 - 21.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zum Tode von Frau Heuss-Knapp	S. 1
Der Fall des Dean of Canterbury - Bericht aus London	S. 3
USA-Austausch-Programm	S. 5

Bewährt in der praktischen Nächstenliebe

Am Mittwoch wird in der Lutherkirche in Bonn eine Trauerfeier für die am Sonnabend verstorbene Gattin des Bundespräsidenten stattfinden.

(sp) So wenig Frau Elly Heuss-Knapp eine repräsentative Stellung als Gattin des Bundespräsidenten für sich in Anspruch nahm, so ist sie doch für die Menschen in der Bundesrepublik ein Teil der symbolischen Kraft geworden, die in der Stellung des Staatsoberhauptes ruht. Wenn am vergangenen Sonnabend alle Fraktionen des Bundestages ihrem ehrenden Gedenken an Frau Heuss und ihrem Mitempfinden für ihren Gatten und ihre übrigen Angehörigen Ausdruck verliehen, so lag darin mehr als eine Geste ehrerbietiger Hochachtung.

Die unermüdliche Arbeit der Verstorbenen in der sozialen Fürsorge, ob es sich nun nach dem ersten Weltkriege um die Berliner Nachbarschaftshilfe oder in den letzten Jahren um das Müttergenesungswerk handelte, haben sie zusammen mit ihrer tätigen Hilfsbereitschaft für unendlich viele Menschen mit in den Kreis derer gestellt, die sich nach 1945 mit besonderer Hingabe um die Überwindung unserer geistigen und materiellen Nöte bemühten. In unzähligen Gesprächen mit Männern und Frauen aller Schichten und Meinungen erschloss sie ihr warmes Herz und fand sie den Weg zur helfenden Tat.

Den Vorsitzenden, den Gesamtvorstand und die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei hat die Nachricht vom Tode der Frau Elly Heuss-Knapp aufs schmerzlichste bewegt. Die Erinnerung an diese durch lange Jahrzehnte in der praktischen Nächstenliebe bewährte Frau wird bei ihnen lebendig bleiben.

+ + +

- 2 -

Peter von Zahn made in USA

Der simple Hörer darf für seine monatlichen zwei DM neben vielem anderen auch die Berichte "aus der Neuen Welt" laufend über sich ergehen lassen. Der NWDR hat seinen Jünger in das gelobte Land geschickt, um dem Hörer einen Eindruck der dortigen Lebensverhältnisse und des amerikanischen Menschen zu vermitteln. Herr von Zahn hat diesen Auftrag bisher recht und schlecht durchgeführt.

In einer seiner letzten Berichte glaubte er nun den vermeintlichen alten Glanz aus der Zeit seiner innerpolitischen Kommentare neu aufbügeln zu müssen, indem er eigene sehr vorgefasste Meinung über den Führer der deutschen Opposition seinen Zuhörern aufdrängte.

In diesem Bericht schildert Herr von Zahn die Beratungen des Aussenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senates über den Generalvertrag und die Aussagen McCloy's vor eben diesem Ausschuss. Nach Herr von Zahn tat Herr McCloy sein Ausserstes, um den Senatoren Dr. Schumachers Einstellung klarzumachen; leider sei es ihm aber nicht gelungen, da "er nur aufzählen konnte, wogegen Schumacher ist, nicht aber wofür". Er gelangte dann weiterhin zu der Behauptung, dass es McCloy nicht gelungen sei, "die feinen Bedeutungsunterschiede und Schattierungen überzeugend klarzumachen, die zwischen den Kommunisten, Dr. Schumacher und den Neo-Nazis bestehen, wenn sie, einer wie der andere, wenn auch aus verschiedenen Gründen, die Verschmelzung mit dem Westen und die Gemeinschaft mit ihm ablehnen".

Herr von Zahn hat unseres Wissens nicht den Auftrag, aus den USA sein unmassgebliches Urteil über deutsche Politiker abzugeben. Er soll aus den USA über die USA berichten. Die hier von ihm angewandte Methode ist besonders scharf abzulehnen, weil er versucht, solche Urteile in Nebensätzen, die mit kleinen Niederträchtigkeiten gewürzt sind, in seine Berichte hineinzuschmuggeln.

Die Sache gewinnt ihr besonderes Gewicht dadurch, dass die für die Bearbeitung solcher Sendungen zuständige Stelle im NWDR den Beitrag von Zahns offenbar besonders freudig aufgenommen hat. Sie sandte ihn nicht nur unkorrigiert zur üblichen Zeit, sie verschickte auch das Manuskript an einen feststehenden Verteilerkreis, was nur mit solchen Kommentaren zu geschehen pflegt, die man in der Zentralredaktion des NWDR für besonders gut hält. Solche Praxis hat nichts mit dem satzungsgemäss verankerten Grundsatz der Überparteilichkeit des NWDR zu tun.

Bei dieser Gelegenheit: Herr von Zahn unterliegt von Sendung zu Sendung in zunehmendem Masse der suggestiven Wirkung des Landes, in dem er lebt. Viele Diplomaten und Auslandskorrespondenten erleben, das, wenn sie viele Jahre lang das gleiche Feld beackern müssen. Für die Kürze der Zeit, in der Herr von Zahn drüben tätig ist, ist der Grad seiner Anpassung an die amerikanische Welt, ihre politischen Vorstellungen und Bedürfnisse erstaunlich gross. Das lässt nicht auf eine sehr festgegründete geistige Selbständigkeit schliessen.

V I E L L Ä R M U M W E N I GDer Fall des "Dean of Canterbury"

B.C. London

Einige ausserhalb der britischen Grenzen weitverbreitete Missverständnisse müssen berichtigt werden, will man die Bedeutung des "Palles Canterbury" im richtigen Verhältnis erkennen.

Erstens ist der "Dean of Canterbury" nichtein "Dekan" (das wäre im Englischen ein "deacon"), sondern der Dom-Probst. "Dean and Chapter" (Probst und Kapitel) verwalten die Kathedrale, also den Bischofssitz.

Zweitens ist der Probst unter keinen Umständen zu verwechseln, mit dem Erzbischof ("Archbishop") von Canterbury, dem Primaten der anglikanischen Kirche (deren nominelles Oberhaupt die Königin - "Verteidiger des Glaubens" - ist). Der Erzbischof hat von Amts wegen Sitz und Stimme im Hause der Lords und hat daher u.a. politische Bedeutung. Der Probst hat keine.

Drittens sind alle anglikanischen Geistlichen absolut frei, jegliche politische Überzeugung zu haben und auszudrücken, solange diese mit den 39 anglikanischen Glaubensartikeln nicht unvereinbar ist, also "Ketzererei" wäre. Es folgt, dass der Erzbischof von Canterbury für die politischen Taten und Weisheiten seines Domprobstes in keiner Weise verantwortlich ist.

Bevor der Probst, Doktor der Divinität Hewlett Johnson, seit etwa sechs Jahren unverblümter Kommunist, von seiner sechswöchigen Reise nach China als Gast der Pekingener Regierung zurückkehrte, gab es in Grossbritannien Kreise, die den Verdacht hegten, an den kommunistischen Anschuldigungen, die Amerikaner hätten in Korea Bazillenkriegsversuche gemacht, sei wohl doch etwas Wahres. Die hartnäckige Weigerung der Koreaner, Chinesen, sowie letztlich auch der Russen, in eine neutrale Untersuchung einzuwilligen, hatte bereits diesen Verdacht auf ein Minimum reduziert, als Dr. Johnson mit seinen "Beweisen" ankam. Sie haben nun auch die letzte Spur des Verdachtes beseitigt, denn sie waren bis zur Lächerlichkeit küm-

merlich. Und man sagt sich, wenn wirklich an der Sache etwas daran wäre, so würden die Kommunisten wohl dem Probst, ihrem erklärten Freund besseres Material mitgegeben haben.

Aber was soll man mit diesem kommunistischen kirchlichen Würdenträger anfangen? Die Öffentlichkeit ist schwer entrüstet über den eitlen alten Herrn, der gar zu gern zu einem modernen Märtyrer werden möchte. Vierzig konservative Abgeordnete versuchten, ihm dazu zu verhelfen, indem sie eine Petition unterschrieben, in der die Krone ersucht wird, sein Patent zu widerrufen.

Im Oberhaus erklärte jedoch der Erzbischof, es läge keine rechtliche Handhabe vor, dem Probst an den Kragen zu gehen, so sehr er sich auch lächerlich mache und damit dem Ansehen der Kirche Schaden zufüge. "Er hat kein bürgerliches oder kirchliches Gesetz gebrochen", sagte der Primat. Eine ähnliche Erklärung, in der auf das Recht jedes Geistlichen, wie auch jedes Bürgers hingewiesen, selbst die absurdesten politischen Ansichten zu haben und zu äussern, gab Premierminister Churchill im Unterhaus ab.

Und damit ist ein Prinzip bewahrt, das den Engländern sehr teuer ist - die politische Freiheit der Geistlichkeit. Seit dem 16. Jahrhundert, als die Vorgängerin der Königin Elizabeth, "Bloody Mary" ("die blutige Maria") mit Feuer und Schwert, Galgen und Henkersbeil, das anglikanische England zum Katholizismus zurückzwingen wollte, hat das Land soviel Elend und Blutvergiessen wegen des geistlichen Streites durchgemacht, dass seit etwa 100 Jahren die Unantastbarkeit religiöser Freiheit zu einem Grundpfeiler britischer Demokratie geworden ist. Geistliche der anglikanischen Staatskirche, der "Church of England", gelten als ebenso frei und unabsetzbar, wie etwa die Richter. Das Ärgerliche an der Affäre ist nur, dass der Rote Probst im Auslande den Anschein erweckt, als spreche er im Namen des Erzbischofs.

2.500 Amerikafahrer für 1952

Grosszügiges USA-Austausch-Programm im Jahre 1952

"Wo liegt das College von Shepherd?" ruft ein junger Student Mr. James Barnet, dem Leiter der Austausch-Abteilung des amerikanischen Generalkonsulates in Stuttgart zu: "Dort komme ich hin, aber ich kann es auf dem Atlas nicht finden". "Da haben Sie aber Glück gehabt", gibt ihm Frau Könnig, die rechte Hand von Herrn Barnet zur Antwort: "Shepherd besitzt eine kleine Universität. Es liegt in Virginia, Dort kommen Sie nicht nur mit den amerikanischen Studenten in engste Fühlung, sondern werden zugleich auch in den Familien der Stadt verkehren". Vergnügt lächelnd wandte sich der junge Mann seinen herumstehenden gleichaltrigen Studienfreunden und Kameradinnen zu, die ihm ermunternd und vielleicht auch ein wenig neidisch auf die Schulter klopfen. Sie möchten auch gern nach "drüben" und hoffen, wenn nicht in diesem, so doch in einem der nächsten Jahre für mehrere Monate nach den Vereinigten Staaten im Austauschverfahren gehen zu können.

"Wir erleichtern ihnen ihren Start drüben", wendet sich Mr. Barnet, ein hochgewachsener, noch jüngerer Amerikaner in Khaki-hose und Klubjacke an mich, als ich ihn kürzlich besuchte, "indem wir alle Amerikafahrer vor ihrer Abreise nach den USA an verschiedenen Orten Westdeutschlands zu kleinen Gruppen zusammenfassen. Dort nehmen sie untereinander Fühlung auf und tauschen ihre Erfahrungen mit Komilitonen und Berufskollegen, die schon einmal drüben waren, aus". Diese Veranstaltungen werden durch Filmvorführungen, Diskussionen und Gespräche mit den Amerika-Rückkehrern lebendig gestaltet. Sie tragen ausserdem schneller dazu bei, die jungen Amerikabesucher mit den Vereinigten Staaten bekanntzumachen, als es jeder theoretische Vortrag kann. Gleichzeitig aber geben sie den beteiligten amerikanischen Stellen einen Einblick in die Einstellung der deutschen Jugend von heute und machen sie mit ihren Wünschen und Hoffnungen bekannt.

Seit Kriegsende wählt die amerikanische Austauschzentrale jährlich eine bestimmte Anzahl deutscher Studenten und Menschen aus allen Berufszweigen für einen drei bis zwölf Monate dauernden Be-

such in den USA aus. Ihre Zahl stieg laufend an und erreichte 1951 mit rund 3.000 ihren Höhepunkt. Auch 1952 sind wieder 1.200 Studenten und 1.300 Berufstätige und Politiker - also insgesamt 2.500 Personen für eine solche Fahrt vorgesehen, wenn sie sie nicht schon angetreten oder beendet haben. Die dafür benötigten Gelder werden nicht etwa - wie fälschlicherweise oft vermutet - aus den Besatzungskosten abgezweigt, sondern von dem amerikanischen Außenministerium zur Verfügung gestellt. Sie stammen also aus dem amerikanischen Steueraufkommen und bilden einen Fond, der jährlich rund 25 Millionen Dollar beträgt. Angehörige aus 72 Staaten kommen in den Genuss dieses Austauschverfahrens. Interessanterweise stellt Deutschland mit ca. 1/3 den stärksten Besucherstrom dar.

"Müssen die USA-Reisenden vorher eine Art Examen ablegen?" möchte ich gern wissen. "Die Studenten", so erzählt Mr. Barnett weiter, "werden von uns auf ihre Sprachkenntnisse hin geprüft. Auch die Berufstätigen, welche nur drei bis sechs Monate auf unsere Kosten die USA besuchen, müssen englisch sprechen und verstehen können. Sie brauchen sich jedoch nicht einer Sprachprüfung zu unterziehen". Während die Studenten meist in Colleges untergebracht sind, haben die Berufstätigen die Möglichkeit in ihrem eigenen Berufszweig zu arbeiten. Journalisten sind in Zeitungsredaktionen tätig, Juristen lernen die amerikanische Rechtspraxis kennen, Industrielle, Kaufleute, Gewerkschaftler und Jugenderzieher erhalten Gelegenheit, sich auf ihrem Wissensgebiet zu unterrichten. Gleichzeitig vermittelt diese Stellen in Deutschland aber auch den Besuch anderer Länder. So berücksichtigt es die Wünsche vieler, welche z.B. England, Holland oder den skandinavischen Staaten einen Besuch abstatten wollen.

Natürlich ist mit diesen Reisen eine politische Absicht verbunden die USA wollen den Besuchern die besondere Arbeitsweise und das Funktionieren ihrer Demokratie vor Augen führen. Sie halten sie, was verständlich ist, für die beste. Die Besucher selbst müssen dann prüfen, wie weit sie auch für ihr Land die bestmögliche Form ist.

Dr. W. H.

+ + +

- 7 -